



**NEWS
&
THEMEN**

Arbeitnehmer
Arbeitgeber
Arbeitsplätze
Leiharbeit
Generationen
Auszubildende
Zeitfirmen
Praktikum
Hartz IV
Agenda 2010
Jobcenter
Gewerkschaften
Bundesagentur
für Arbeit
und vieles mehr

Echnatons View

Unabhängige Online-Zeitung für
Arbeitnehmer und Neugierige!

Arbeitsrelevante Themen aus einem
anderen Blickwinkel betrachtet!



Gefahr für die Wirtschaft

Immer mehr Stellenabbau, Standortschließungen und Arbeitslose. Unternehmen verlagern ihre Produktionsstätten zunehmend ins Ausland. Experten gehen davon aus das die Großkonzerne in den nächsten Jahren bis zu 53.000 Stellen in Deutschland abbauen werden.

**Ausgabe Nr. 9
November**



Ungebremste Skrupellosigkeit:

Bedingt dadurch das die Politik der Wirtschaft permanent den Rücken stärkt, machen die Bosse so was sie wollen. So wenden diese gegenüber ihren Betriebsräten recht zweifelhafte Methoden an, um das zu bekommen was sie von ihnen verlangen. Aber auch aufwieglerische Beschäftigte bekommen den Zorn der Bosse zu spüren. So fordern Arbeitgeber ungehemmt immer mehr

Zugeständnisse wie etwa flexiblere Dienstpläne, noch mehr Arbeit auf Abruf oder Erhöhung der Leistungskapazität ihrer MitarbeiterInnen. Es ist faktisch zur Normalität geworden, dass das Management seine Marschroute skrupellos in die Tat umsetzt. Auf Druck der Unternehmen knickten immer mehr Gewerkschaften ein und kooperieren mit diesen. Für Gewerkschaften gilt längst nicht mehr der Grundsatz: Arbeitsplätze zu retten, sondern dabei zu helfen diese möglichst sozialverträglich abzubauen.

Hatten Unternehmen viele Jahre die Politik damit erpresst aus Deutschland abzuziehen - falls sie nicht die Zugeständnisse bekommen die sie erwarten -, ist es nun offensichtlich das diese Ankündigung tatsächlich vollzogen wird. Nachdem die Unternehmen alle Zugeständnisse von der Politik zu geschustert bekommen hatten, galt es nun die Betriebsräte unter Druck zu setzen und wenn nötig zu erpressen und die Mitarbeiter unter Kontrolle zu kriegen. Nachdem auch das weitestgehend umgesetzt wurde, konnte die gnadenlose Ausbeutung in die Tat umgesetzt werden. Doch nun stellen immer mehr Unternehmen fest, es gibt kaum noch etwas in Deutschland zu hohlen. Angeschlagen, ausgebeutet und finanziell ruiniert hinterlassen die Arbeitgeber eine Spur ihrer maßlosen Gier in Deutschland und wandern nun mit ihren Unternehmen ins Ausland ab. Jüngst hatte das Management von H & M angekündigt Standorte in das 2017 neugebaute polnische Werk bei Grodzisk Mazowiecki zu verlagern. Die angekündigte Entscheidung dürfte hierbei eine Trotzreaktion auf die gut organisierten Belegschaften sowie ihren konfliktbereiten Betriebsräte zurückzuführen sein. Zu erwarten ist, dass weitere Standorte in Deutschland geschlossen werden oder das sogar das gesamte Unternehmen ins Ausland verlagert wird. Eine weitere Bedrohung formatiert sich zur Zeit durch die aufkommenden Fusionen der Unternehmen. Hier ist zu erwarten, dass dadurch tausende Arbeitsplätze in Deutschland abgebaut und ins Ausland verlagert werden. Was die Politik Jahrzehnte sorglos unterstützt hat, entwickelt sich zunehmend zu einer Bedrohung für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Menschen in Deutschland...



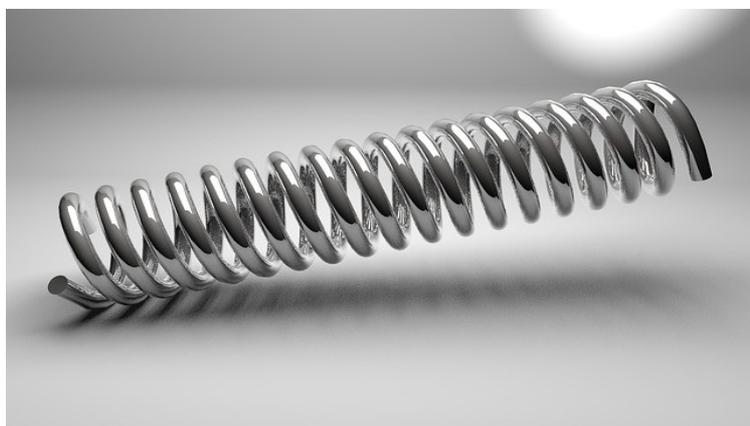
Wirtschaftscrash Deutschland:

Während die aktuellen Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit im September 2017 – Arbeitslose: -96.000 auf 2.449.000 – offiziell als rein positiv angesehen werden, gehen unterdessen die Standortschließungen und die Kündigungen von MitarbeiterInnen unaufhaltsam weiter. So hatte das Unternehmen H & M bereits angekündigt sein Lager in Großostheim bei Aschaffenburg zu schließen und die Produktion ins Ausland nach

Polen zu verlagern, betroffen sind über 340 Beschäftigte. Nun hat auch das Management von Coca Cola die Schließung seines Werks im thüringischen Weimar bekanntgegeben, von der Schließung sind demnach gut 300 Jobs betroffen. Nach der Planung des Management

wird das Werk zu März 2018 geschlossen. Der kanadische Zughersteller Bombardier kündigte an in den nächsten Jahren 2.200 Jobs in Deutschland zu streichen. Doch die hier aufgeführten Unternehmen sind nur ein Bruchteil von dem, was auf Deutschland zukommen wird. Eine enorme Welle massiven Stellenabbaus hat sich bereits in Bewegung gesetzt. Weitere Unternehmen haben für die nächsten Jahre erheblichen Stellenabbau in Deutschland angekündigt.: Siemens (1.700 Jobs), E.on (1.000 Jobs) und die Commerzbank (7.300 Jobs). Auch die Deutsche Bahn will 5.000 Jobs streichen, die Pläne hierfür sollen im Dezember vorliegen. Experten gehen davon aus das die Großkonzerne in den nächsten Jahren bis zu 53.000 Stellen in Deutschland abbauen werden und das die Mittelständischen Unternehmen nachziehen. Hat die Bundesregierung Jahrelang die Wirtschaft massiv unterstützt, entwickelt diese sich langsam aber sicher zu einer Bedrohung für Deutschland. Wie lange die Bundesregierung diesen erheblichen Stellenabbau – noch – kompensieren kann bleibt fraglich, oder muss sie sich sogar auf einen drohenden Wirtschaftscrash vorbereiten?!

Die Spirale nach unten!



Ungeniert und skrupellos beuten Arbeitgeber in Deutschland ihre Beschäftigten gnadenlos aus. Immer ungehemmter fordern sie von ihren MitarbeiterInnen die absurdesten Konditionen ein. Auch werden die Gewerkschaften schlichtweg erpresst: Man gehe in die Insolvenz falls diese nicht auf die Forderungen der Unternehmen eingehen! So werden die kuriosesten Begründungen vorweg geschoben, nur um

diese maßlose Gier der Unternehmer zu verschleiern und zu rechtfertigen. Da wird plötzlich von einer wirtschaftlichen Notlage oder einer negativen Umsatz- und Ertragsentwicklung gesprochen, die existenzgefährdend sei. Wenn die Begründungen ausgehen, gibt man noch schnell dem Online-Handel die schuld. Dabei bieten die Unternehmen ihre Produkte bereits seit Jahren selbst im Internet an. Es wird damit gedroht, tausende Arbeitsplätze abzubauen und Standortschließungen vorzunehmen oder sogar die Betriebsstätten ins Ausland zu verlagern. Es werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, nur damit die Unternehmen das bekommen was sie wollen. Doch die Gier ist unberechenbar und grenzenlos. Haben die Unternehmen alles bekommen was sie eingefordert hatten und es gibt für sie nichts mehr zu hohlen, wandern sie trotzdem ins Ausland ab. Was die Unternehmer hinterlassen ist eine Spur maßloser Gier, verlassene Betriebsstätten und hunderttausende Arbeitslose, um die sich die Bundesregierung kümmern muss. Es ist eine Spirale die sich nach unten bewegt. Immer schneller bohrt sie sich in den Boden Deutschlands. Mit unaufhaltsamer Geschwindigkeit bewegt sich diese Spirale solange in die Tiefe, bis sie schließlich auf hartes Gestein trifft und abbricht. Und obwohl immer mehr Unternehmen in Deutschland Rekordgewinne verbuchen, zeigen diese keinerlei Interesse daran einen Kurswechsel in Gang zu setzen. Die skurpellose Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen geht solange weiter, bis auch noch das letzte aus ihnen herausgepresst wurde, erst dann lassen die Unternehmer von ihren Opfern ab und kehren Deutschland den Rücken. Doch eine Frage bleibt: „Wie will die Bundesregierung auf Dauer diese enormen Verluste des Stellenabbaus - noch – kompensieren?“!

Vom Chef gemobbt – Bossing am Arbeitsplatz: Mobbing ist für alle Betroffenen ein ernsthaftes Problem, welches sowohl psychische als auch körperliche Folgen haben kann. Doch nicht nur auf dem Schulhof findet Mobbing statt. Oft werden sogar Erwachsene an ihrem Arbeitsplatz gemobbt, nicht selten vom eigenen Chef. Diese Art von Mobbing wird Bossing genannt. Was Betroffene tun können und welche Auswirkungen Bossing haben kann, klärt der folgende Text. / Von Isabel Frankenberg



Die Arbeitswelt bietet Platz für viele verschiedene Konflikte, das ist nicht unbekannt. Oft lassen sich diese Auseinandersetzungen jedoch friedlich und erwachsen klären. Komplizierter wird es jedoch, wenn es zur Belästigung oder üblen Nachrede am Arbeitsplatz kommt, kurz Mobbing. Unter Mobbing am Arbeitsplatz versteht man grundsätzlich eine konfliktbelastete Situation, welche jedoch nicht nur zwischen Kollegen sondern auch zwischen Vorgesetzten und Untergebenen auftreten kann. Kommt es zu einem solchen Mobbing von oben, wird das Bossing genannt. Beim Bossing geht das Mobbing von Chef oder der Personalabteilung aus und dient meist dem Zweck, einen bestimmten Mitarbeiter zur Kündigung zu treiben. Das ist häufig der Fall, wenn es sich um einen Arbeitnehmer handelt, welcher einen bestimmten Kündigungsschutz genießt.

Für das Bossing gibt es viele verschiedene Anzeichen. Meist kommen die Attacken des Chefs sehr spontan und ohne nachvollziehbaren Grund. Zwar machen die Angestellten ihren Job gut, dennoch erhalten sie vom Chef verletzende Bemerkungen vor anderen Kollegen. Da es sich beim Schädiger um einen Vorgesetzten handelt, hat das Bossing meist noch schlimmere Auswirkungen auf das Opfer. Nicht selten teilt ein Vorgesetzter einem Arbeitnehmer Aufgaben zu, die nicht zu dessen Arbeitsbereich gehören oder kaum zu bewältigen sind. Dadurch soll der Betroffene erniedrigt werden. Weiterhin werden die Opfer von Bossing bis ins kleinste Detail vom Arbeitgeber kontrolliert. Die Kritik ist unsachlich und wird meist vor anderen Mitarbeitern ausgetragen. Grundsätzlich kann der Arbeitnehmer seine Arbeit so gut und sorgfältig ausführen, wie es nur geht, der Chef lässt sich nicht zufrieden stellen. Häufig werden dem Opfer jegliche Privilegien im Unternehmen entzogen. Die Gründe für Bossing sind sehr unterschiedlich. Oft fühlen sich die Arbeitgeber dem Arbeitnehmer fachlich und/oder persönlich unterlegen. Dadurch entsteht häufig Neid gegenüber dem Betroffenen, so dass der Arbeitgeber eine übertriebene Strenge und Härte an den Tag legt. Die Auswirkungen sind hoch und ähnlich wie beim Mobbing. Oft wird das Opfer psychisch geschädigt, leidet unter Depressionen, Minderwertigkeitskomplexen, Angstzuständen oder sogar Verfolgungswahn. Doch auch körperliche Beeinträchtigungen können aus den psychischen Erkrankungen hervorgehen.

Dazu zählen beispielsweise Schwierigkeiten beim Atmen, Essstörungen, Schwindel, Kopfschmerzen, Müdigkeit sowie Kreislaufprobleme oder Magengeschwüre. Maßnahmen gegen Bossing zu finden ist nicht leicht, denn oft ist der Täter auch der Ansprechpartner für das Opfer. Daher sollten vor allem Kollegen auf das Bossing aufmerksam werden und Maßnahmen dagegen einleiten. Hierzu zählt beispielsweise das Sammeln von verschiedenen Beweisen, wie Zeugenaussagen, Fotos oder der E-Mail-Verkehr zwischen Täter und Opfer. Grundsätzlich sollte zunächst aber erst einmal das Gespräch zum Arbeitgeber gesucht werden. Das kann gemeinsam mit weiteren Kollegen stattfinden. Stößt das Gespräch nicht auf Einsicht beim Täter, sollte der nächste Schritt zum Betriebsrat führen. Dieser kann eventuell weitere Maßnahmen einleiten. Folgende Möglichkeiten bieten sich an:

- Versetzung von Bossing-Opfer oder Bossing-Täter
- Abmahnung gegen den Bossing-Täter mit Aussicht auf Kündigung
- Berufliche Neuorientierung des Opfers

Weitere Informationen zum Thema „Mobbing und Bossing am Arbeitsplatz“ finden Sie [hier](#). Zudem bietet das kostenlose Ratgeberportal www.arbeitsschutzgesetz.org viele weitere Ratgeber, eBooks und Informationen zu verschiedenen Themen, wie Jugendarbeitsschutzgesetz, Arbeitsschutzverordnung sowie Berufskrankheiten und viele weitere Themen.

(C) BvdR. e.V. 2017 / Alle Rechte vorbehalten!

Das Ende und der Anfang: Die Transfergesellschaft ist für viele der ehemaligen DHL Home Delivery MitarbeiterInnen bereits beendet, während für die letzte Gruppe (4) Ende Oktober endgültig Schluss war. Doch was ist inzwischen so passiert und vor allem wie ging es weiter?



Zunächst einmal betrachten wir die Transfergesellschaft an sich: Das Endergebnis hier ist eher nüchtern zu betrachten. So konnten oder wollten die MitarbeiterInnen der Transfergesellschaft den TeilnehmerInnen nicht wirklich weiterhelfen. Am Anfang gab es stumpfe Kurse wie man Bewerbungen schreibt, dann folgte der Vermittlungsversuch die TeilnehmerInnen nur als Praktikanten in den Betrieben ein-

zusetzen – was bei diesen allerdings wenig Anklang fand - und letztlich blieb für die Meisten nur die Erkenntnis übrig: „Die Transfergesellschaft bringt dich auch nicht wirklich voran“!

Die Agentur für Arbeit: Von der Agentur hatte niemand wirklich ernstgemeinte Hilfe erwartet. Die MitarbeiterInnen der Agentur für Arbeit haben es sich da ziemlich einfach gemacht. „Keine großen Beratungsgespräche. Weiterbildungskurse oder Umschulungen wurden generell abgelehnt und stattdessen gab es haufenweise schriftliche Angebote und Aufforderungen über eine Leihfirma wieder in Arbeit zukommen. Auch direkte Jobangebote der Agentur für Arbeit verliefen ausschließlich über Zeitarbeitsfirmen“.

Die ehemaligen DHL Home Delivery MitarbeiterInnen: Während also kaum Verlass auf die Transfergesellschaft und der Agentur für Arbeit gegeben waren, bemühten sich die ehemaligen DHL Home Delivery MitarbeiterInnen selbst darum wieder in Arbeit zukommen. Das gute daran, gut 76 % sind tatsächlich wieder in Arbeit, die übrigen haben alters- oder krankheitsbedingt mit der Agentur für Arbeit Sonderkonditionen vereinbart. Das negative ist allerdings: „Alle Jobs sind nahezu auf maximal zwei (2) Jahre befristet. Einige der ehemaligen DHL Home Delivery MitarbeiterInnen sind tatsächlich wieder zur DHL ins Paketzentrum im GVZ Bremen zurückgekehrt, nachdem die Geschäftsführung diese angerufen hatte und nachfragte ob sie nicht ihren „alten“ Job wiederhaben möchten. Das diese natürlich zu wesentlich schlechteren Konditionen wieder eingestellt wurden sollte jedem klar sein. Ja, und ein Paar ehemalige Kolleginnen und Kollegen haben den Weg leider über eine Zeitarbeitsfirma wählen müssen, nachdem sämtliche Bewerbungsversuche fehlgeschlagen waren. Nahezu alle Jobs haben jedoch eines Gemeinsam: „Schlechte Bezahlung und Ausbeutung der Arbeitskraft“!

Gewerkschaft Ver.di: Nun ja, von der Gewerkschaft Ver.di war eben sowenig zu erwarten wie von der Agentur für Arbeit. Kaum hatte die Ver.di die Verhandlungen mit der Geschäftsführung der DHL Home Delivery abgeschlossen, zog sie sich völlig zurück und beschäftigte sich mit anderen Aufgaben. Aus Sicht der Ver.di hatte diese ihre „Schuldigkeit“ gegenüber den MitarbeiterInnen der DHL Home Delivery genüge getan. Inzwischen sind viele der ehemaligen DHL Home Delivery - Ver.di Mitglieder aus der Gewerkschaft ausgetreten.



Bedingungsloses Grundeinkommen

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist ein sozialpolitisches Finanztransferkonzept, nach dem jeder Bürger – unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage – eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche – vom Staat ausgezahlte – finanzielle Zuwendung erhält, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen (Transferleistung). Es

wird in Finanztransfermodellen meist als eine Finanzleistung diskutiert, die ohne weitere Einkommen oder bedingte Sozialhilfe existenzsichernd wäre, in Form eines Bürgergelds. Die Idee, jedes Gesellschaftsmitglied an den Gesamteinnahmen dieser Gesellschaft ohne Bedürftigkeit zu beteiligen, wird weltweit diskutiert. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die unter anderen von Milton Friedman 1962 ausgearbeitete Idee der negativen Einkommensteuer. Juliet Rhys-Williams schlug 1943 eine Soziale Dividende vor, wie auch 1942 ein bedingungsloses Einkommen als negative Einkommensteuer. Zu den in Deutschland diskutierten Modellen eines BGE gehören zum Beispiel das Solidarische Bürgergeld (Althaus-Modell), das Ulmer Modell oder das Modell der von Götz Werner gegründeten Initiative Unternimm die Zukunft. Heute setzt sich das „[Bündnis Grundeinkommen](#)“ für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein. Ihr Ziel ist es: Zitat > "Mithilfe des bedingungslosen Grundeinkommens allen Menschen die Existenz zu sichern und eine demokratische Teilhabe am Gemeinwesen zu ermöglichen".